

Zeitschrift: The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK
Herausgeber: Federation of Swiss Societies in the United Kingdom
Band: - (1970)
Heft: 1592

Rubrik: Anglo-Swiss

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Regierungspolitik, aber auch für die öffentliche und parteipolitische Meinungsbildung und Auseinandersetzung äusserst wertvoll hätte werden können, im Prinzip zwar nicht verworfen, sie aber so zurechtgestutzt, dass nahezu alles beim alten blieb.

25 verschiedene Schulsysteme sind ein sträflicher Anachronismus. Diese Feststellung ist so alt, dass sie zur Banalität geworden ist. Wir haben aber heute und bestimmt noch auf Jahre hinaus 25 kantonale Schulsysteme. Die Diskussion hat sich an Aeusserlichkeiten wie Frühlarsoder Herbstschulbeginn festgebissen. Die Erziehungsdirektorenkonferenz bastelt seit Jahren an einem neuen Konzept, kommt aber kaum vom Fleck. Die eidgenössische Volksinitiative für die Schulkoordination klebt in ihren Zielsetzung zu sehr an organisatorischen Fragen. Es fehlt der Schweiz eine Konzeption für eine moderne Bildungspolitik, eine Lücke, die sich noch während einer Generation, also bis zum Jahre 2000 auswirken wird; es fehlt, und das ist für den Augenblick gravierend, die politische Instanz, die rasch und zieltrebig aus der verfahrenen Situation herausführen und die sinnlosen Scharmützel zur Erhaltung eines falsch verstandenen Föderalismus endlich beenden könnte.

In den letzten Monaten ging zum zweiten Mal innert weniger Jahre das erbärmliche Schauspiel mit dem Titel: "Konjunkturdämpfung—ein dramatischer Versuch" über die eidgenössische Bühne. An die Dämpfungsmassnahmen der Jahre 1964/65 sollte, so wurde in Aussicht gestellt, ein Anschlussprogramm angehängt werden. Es blieb aber beim Versprechen. 1969 sah sich der Bundesrat wieder gezwungen, aus Notbehelfen ein Dämpfungspaket zu schüren. Nur Schnur und Papier waren willkommen, während die Annahme des Inhaltes bisher von den verschiedenen Adressaten verweigert worden ist. Der Staat wird zwar heute für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft und die Erhaltung der Volbeschäftigung verantwortlich gemacht. Aber er kann nur unter günstigen Voraussetzungen für die Betroffenen mit der Kooperation rechnen, auf die er bei der Erfüllung seiner Aufgabe angewiesen ist, und verfügt notfalls auch nicht über jenes Instrumentarium, das ihm allein die Wahrnehmung der übertragenen Verantwortung hinreichend erlaubt. Es ist nun bei dieser zweiten Uebung der Konjunkturdämpfung kaum mehr die Rede von einem Anschlussprogramm. Das ist zwar ehrlich, löst aber die grundsätzlichen Probleme nicht.

Der Verlust an Profil und Geltung der politischen Parteien wird in der Öffentlichkeit mit Gleichgültigkeit hingenommen. Selbst die Parteien scheinen sich mit dieser politischen Fehlentwicklung mehr oder weniger abzufinden. Ihr organisatorischer Aufbau ist veraltet; doch keine Partei hat bisher eine grundlegende Reorganisation vorbereitet. Es fehlen dazu nicht allein die finanziellen Mittel. Denn es ist auf-

fallend, dass die Parteien mehr und mehr politischen Konflikten und Konfrontationen ausweichen und das Feld den Verbänden überlassen und so von ihnen überflügelt werden. Der politische Substanzverlust der Parteien aber fördert die "Entpolitisierung" der Öffentlichkeit und ist mit ein Grund, dass in den Parlamenten die reine Interessenvertretung überhandzunehmen droht. Die Diagnose dieser Krise ist längst gestellt, eine wirksame Therapie aber vernachlässigt worden.

Im Mai sollen die Antworten auf den Fragekatalog Wahlen öffentlich werden. Es wird dann zu beurteilen sein, welche Resultate diese grosse Auslegeordnung ergeben hat und wie die Aussichten für eine Totalrevision der Bundesverfassung stehen. Die politische Praxis beweist zwar fast täglich, dass grundlegende Probleme dringend einer raschen Lösung bedürfen, sie nährt aber auch immer wieder die Zweifel, ob politischer Wille und politische Fähigkeit noch ausreichen die Grundordnung unseres Staates neu zu konzipieren und in die Zukunft weisende Lösungen zu realisieren.

Die Gefahren politischen Rückstandes

Die Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher und technischer, industrieller und wirtschaftlicher Dynamik einerseits und einer politischen Verflachung und Versteinerung mit ihren Auswirkungen auf Gesellschaft und Staat andererseits ist nicht auf die Schweiz beschränkt, sondern eine weltweite Erscheinung. Sie wird aber in den kommenden Jahren in unserem Lande besonders kritische Formen annehmen: Denn die Perspektivstudien Kneschaurek fallen in einem Raum politischen Underdrucks. Mit dieser Feststellung soll der Wert dieser Studien in keiner Weise geschmälert werden. Aber es besteht eine doppelte Gefahr: Entweder werden die Ergebnisse und Erkenntnisse der Perspektivstudien nicht ausgeschöpft, weil die politischen Instanzen zu spät und oberflächlich reagieren und auf halbem Wege stillstehen, oder sie werden sklavisch übernommen, so dass technische und wirtschaftliche Entwicklung die Politik an der kurzen Leine führen und die Zielsetzungen in Wissenschaft und Bildung, Verkehr und Besiedlung, letztlich in Gesellschaft und Staat allein bestimmen wird.

Die Perspektivstudien Kneschaurek können nur dann von Wert und Wirkung sein, wenn sie nicht als Schicksal hingenommen, sondern als Orientierungshilfe benützt und in eine langfristige politische Konzeption umgesetzt werden. Dies bedeutet aber eine Abkehr von einer Politik der blossen Retouche und der nachträglichen Sanktion dessen, was längst ohne eigenes Zutun geworden ist und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann; von einer Politik, die nur reagiert—und erst noch mit Verzögerungen—und die mit verstaubten Argumenten überholte Positionen und Institutionen verteidigt. Gefordert ist eine Politik, die den Staat

nicht mehr als notwendiges Uebel oder als Instrument der Interessenvertretung, sondern als zentrale Ordnungsmacht versteht. Mit andern und Parteien verfolgen, müsste so dynamisch wie die Technik sein; sie darf deshalb nicht nur Vergangenheit und Gegenwart verwalten, sondern muss den Versuch wagen, die Zukunft mitzugestalten. Das ist viel, vielleicht von der Sache her und für den Augenblick zuviel verlangt. Es wäre aber schon einiges gewonnen, wenn sich unter der Schockwirkung der volkswirtschaftlichen Perspektivstudien die Einsicht durchsetzte, dass die Zukunft unserer demokratischen und freiheitlichen Institutionen weder nur in Konservieren der Vergangenheit noch allein im Opportunismus der Gegenwarts politik liegt.

(Hans Stark,
Basler Nachrichten)

AN ANGLO-SWISS EVENT: SWISS MILLIONAIRES DEMONSTRATE IN BERKELEY SQUARE

It's not often that the Swiss come to this country, cap in hand asking us to help them—but on April 30th 21 businessmen from Zurich marched round Berkeley Square with a painful grievance. It wasn't the state of our stock market that worried them, nor were they really concerned about any money we might owe them.

They had more pressing problems. All of them have waited at least a year for a Jaguar XJ6 car, and all of them were still waiting.

"Give Switzerland the XJ6" read a neatly written banner as if it was some essential guided missile instead of a mechanical status symbol. The 21, all neatly dressed and some admitting to being millionaires, were as totally committed to their cause as any Grosvenor Squareite.

They had got together in Zurich, flown over for the day armed with maps of Mayfair, and the whole demonstration was costing them £50 each. "But that is a small price to pay if we can get the Jaguar", explained one of them in a camel-hair coat.

Being practical men, the demonstrators only walked round the square once before lining the railings outside British Leyland's offices. Their leader went inside to see Lord Stokes and tell him how there were 600 Jaguar cars on order in Switzerland, and prices had increased since the original orders.

Lord Stokes was evidently reassured about the group's peaceful intentions, as he came out just to shake their hands and speak to them. He said: "This is the kind of demonstration I like. People wanting to buy our products".

He explained that there was also a long wait in this country for the XJ6. But although he said he would see what he could do for them, he felt they would have to wait a little longer.